

18.05.2009

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/18/0,3672,7588690,00.html>



imago

Armutsrisiko in Deutschland regional unterschiedlich groß

Erster Armutsatlas vorgestellt - regional aufgesplittet

Deutschland ist ein geteiltes Land, ein dreigeteiltes - was Besitz und Einkommen angeht. Das zeigt der Armutsatlas des Wohlfahrtsverbands. Es gibt viermal so viele Arme in Vorpommern wie im Schwarzwald - ganze Landstriche drohen, zu veröden.

Während in Vorpommern 27 Prozent der Menschen armutsgefährdet sind, beträgt die Quote im Schwarzwald nur 7,4 Prozent, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband am Montag in Berlin mitteilte. Laut Statistischem Bundesamt sind im Ostdeutschland 19,5 Prozent armutsgefährdet, im Westen 12,9 Prozent.

Erstmals regionaler Atlas

Auf Basis amtlicher Statistiken legte der Paritätische Wohlfahrtsverband erstmals einen regionalen Armutsatlas für die Bundesrepublik vor, der beim Armutsrisiko in den einzelnen Regionen teils weit voneinander abweichende Werte ausweist. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte am Montag gestützt auf dieselben Zahlen einen Vergleich des Armutsrisikos nach Bundesländern.



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
Armut nach Bundesländern

Danach waren 2007 bundesweit 14,3 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht - darunter deutlich mehr Ostdeutsche als Menschen in den alten Ländern: Während in Mecklenburg-Vorpommern knapp ein Viertel (24,3 Prozent) und in Sachsen-Anhalt gut ein Fünftel (21,5 Prozent) der Bevölkerung mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müssen, sind es in Baden-Württemberg (10,0 Prozent) und in Bayern (11,0 Prozent) rund ein Zehntel.

Alleinerziehende bedroht

Die Statistik basiert auf Daten von 2007 und geht von der Armutsdefinition der Europäischen Union aus. Besonders von Armut bedroht waren in Deutschland demnach Erwerbslose sowie Alleinerziehende und deren Kinder.

INFOBOX

Wann ist man arm?

Armut liegt immer dann vor, wenn eine Person ein Existenzminimum nicht erreicht und dadurch an der Gesellschaft nicht mehr teilhaben kann und ausgegrenzt ist. Armut bemisst sich immer am Wohlstand eines Landes beziehungsweise einer Region. Ein deutscher von Armut Betroffener ist daher anders arm als ein indischer Armer.

In Deutschland und der EU liegt die Armutsgrenze bei 60 Prozent des mittleren Einkommens - das sind Beträge leicht über den Hartz-IV-Bezügen inklusive Miete und Heizung. Wer weniger hat, gilt im Vergleich zu anderen als arm. 2007 - auf Daten dieses Jahres beruht der Armutsatlas - betrug die Armutsgrenze

für Singles 764 Euro im Monat

für Alleinerziehende mit einem Kind 994 Euro, mit zwei Kindern 1223 Euro im Monat

für ein Paar ohne Kinder 1376 Euro

für ein Paar mit Kindern 1605 Euro (ein Kind), 1835 Euro (zwei Kinder), 2064 Euro (drei Kinder).

Die Zahlen beziehen sich dabei auf das verfügbare Einkommen - also den Betrag, der dem Haushalt nach Abzug der direkten Steuern (zum Beispiel Einkommenssteuer) und Sozialabgaben zur Verfügung steht.

Die Vereinten Nationen definieren absolute Armut erst dann, wenn jemand weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung hat.

In Baden-Württemberg lag die sogenannte Armutsgefährdungsquote bei Erwerbslosen mit 40,3 Prozent am niedrigsten, während sie in Sachsen-Anhalt bei 66,0 Prozent lag. Für Alleinerziehende und ihre Kinder war das Armutsrisiko im Vergleich der Bundesländer am niedrigsten in Berlin (28,6 Prozent) und Hamburg (29,6 Prozent).

Deutschland dreigeteilt

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Ulrich Schneider, wies bei der Vorlage des Armutsatlases darauf hin, dass die gängige statistische Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland zu kurz greife und den Blick auf Unterschiede auch innerhalb der Bundesländer verstelle.

"Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist Deutschland nicht länger zwei- sondern mindestens dreigeteilt und im Hinblick auf die Armutsbetroffenheit zerrissener als je zuvor." Wenn wie im Falle Vorpommerns die ärmste Region eine viermal so hohe Armutsquote aufweise wie die reichste im Schwarzwald, "hat das mit gleichwertigen Lebensverhältnissen nichts mehr zu tun".

Kritik am Konjunkturpaket

"Wenn wir nicht sofort und massiv gegensteuern, wird die Verödung ganzer Landstriche nicht mehr aufzuhalten sein", warnte Schneider. Scharfe Kritik übte der Verband am Konjunkturpaket II. Die zehn Milliarden Euro Bundesmittel für Investitionen in Bildung und kommunale Infrastruktur flössen zu einem Drittel in die drei Bundesländer, die mit Abstand die geringsten Armutsquoten aufwiesen. Eine solche Mittelverteilung sei ökonomisch unvernünftig und sozial ungerecht. Maßnahmen wie die Abwrackprämie vergrößerten die Spaltung zwischen Arm und Reich noch, statt sie zu schließen.



Der PARITÄTISCHE Gesamtverband Armut nach Regionen

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) forderte derweil in Berlin die Abschaffung der Rente mit 67 Jahren, die zu einem Anstieg der Altersarmut führe. Betroffen seien ganz besonders Berufstätige, die wegen einer schweren Erkrankung vorzeitig ihre Arbeit aufgeben müssten. Viele ältere Berufstätige würden zudem aus dem Arbeitsleben gedrängt mit der Folge, dass bei vorzeitigem Renteneintritt hohe Abschläge die Altersbezüge schmälerten.